Meine gegen das mündlich verkündete Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom 21. November 2017 262 Cs 277/17 gegen den Neuköllner Diplom-Informatiker roman@czyborra.com eingelegten Rechtsmittel begründe ich wie folgt:

Ich wurde verdächtigt, beschuldigt, angeklagt (Blatt 55 der Akte) und verurteilt, in Berlin seit Juli 2017 strafbar nach JMStV§23 entgegen der fernerer Unzulässigkeit laut JMStV§4 von Angeboten, *die offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Berücksichtigung der besonderen Wirkungsform des Verbreitungsmediums schwer zu gefährden*, Angebote verbreitet oder zugänglich gemacht zu haben, *die offensichtlich geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Berücksichtigung der besonderen Wirkungsform des Verbreitungsmediums schwer zu gefährden*, und zwar angeblich indem ich namentlich Rechtsanwalt Doktor Edward Brongersmas letzte Studie der Knabenliebe von 1992 als unbeworbenes czyborra.com/pedofiles/brongersma/lovingboys.pdf lesbar und nutzbar gespeichert hatte.

Dass ich in letzterem das Gericht auf den richtigen URL korrigiert und ohne Anerkenntnis der Rechtskategorisierung eingeräumt habe, die Speicherungshandlung im Jahre 2007 aus guten Gründen und ohne Erfüllung des angeklagten Straftatbestandes vollzogen zu haben, der weltweit einzige Roman Czyborra mit der Namenszone czyborra.com zu sein und diese gerne verantwortete, berechtigt das Gericht nicht zum Verweigern der weiteren Beweisaufnahme, ob die eingeräumte Handlung überhaupt der angeklagten Strafkategorie angehört und eine Strafbarkeit und Strafwürdigkeit vorliegt.

Aus diesem Grunde sollte

1. die Tatzeit eingegrenzt werden, weil in 10 Jahren ohne Unruhe seit 2007 eine Verjährung eingetreten sein sollte.
2. der Tatort genau eruiert werden, weil eine in den Niederlanden begangene Auslandsstraftat in Frage kommt und ich seit Mai 2017 amtsgerichtlich einstweilig und durch meine unbeschiedene Beschwerde rechtshängig durchgängig und heute vormittag beurlaubt im patiententerminalentbehrenden Klinikum Neukölln untergebracht bin, nach meinem Antrag zum Opfererschützenden Gewaltschutz nach Patientenrechtgesetz, nach richterlichem Dafürhalten zum Schutze meines Lebens und bedeutender Rechtsgüter Dritter.
3. die Wirkungsform des Verbreitungsmediums gewürdigt werden und auch der Kontext betrachtet werden, das Verbreitungsmedium gliedert sich in das komplizierte Dateiformat PDF, die 5 Megabyte mit 250 Seiten wiegende Datei lovingboys.pdf in nicht auf Minderjährige abzielenden Schwarzweiß, Altdeutsch und Wissenschaftlich, das

Regal brongersma/ in meiner Datenhalde pedofiles/ in meiner seit Y2K konstanten Namenszone czyborra.com und barrierefreiem HTTP/1.1 als in der Tat kinderleichtem diskriminierungsfreiem Übertragungsprotokoll. [Exkurs: Das Oberlandesgericht Koblenz hat 2004 ein Fehlurteil ans Landgericht Trier zurückverwiesen, weil dieses auf Geheiß der nun mich falschverdächtigenden abstrafenwollenden jugendschutz.net gGmbH eine in einer wissenschaftlichen Datensammlung zur Pädosexualität gefundene Liebesgeschichte kontextfrei als Pornographie falschverdächtig hatte, bevor es die zweite Revision in der Sache mit einem Freispruch mangels des Vorliegens von Pornographie befriedete.] Hier ist zum Verbreitungsmedium pedofiles/ zu sagen, dass dieses seit 2014 im BPjM-Modul für Minderjährige gesperrt wurde, dass es auch vorher nicht bei Minderjährigen beworben wurde, dass mir keine Datei bekannt ist, die so gestaltet wäre, dass sie sich nicht an Erwachsene wende, sondern Minderjährige zu manipulieren versuchte, oder bei einem durch welche Zufallsverkettung auch immer auf sie stoßenden hypothetischen Minderjährigen auf eine zum Studium der Schrift ausreichend motivierende, aber für ein richtiges Verständnis und eine medienkompetente Bewertung oder Überprüfung der Schriften dann doch nicht ausreichende Reife zu befürchten wäre. Meine Halde pedofiles/ beansprucht noch keinen Status von Schönheit, Vollständigkeit oder eines wissenschaftlichen Werkes, aber durchaus den Status einer wissenschaftlich nützlichen Open-Access-Forschungssammlung für meine an der Philosophischen Fakultät der HU Berlin angemeldete Dissertationsabsicht zu den deutschen Sexualstrafrechten von 1872 bis 2022, der Kontakt zu durch entsprechend exotische Suchpfade zufallende Forscherinnen andernorts und die elektronische Gesprächsgrundlage erwiesen sich schon mehrfach als höchst hilfreich.

4. untersucht werden, ob allein mein Angebot ohne Zugang aus kindergesicherten Fernsehgeräten, die jeder strafmündige Mensch Mündern verpassen müsste, der nicht nach der gleichen Zugänglichmachungs-Klausel wie ich bestraft werden will, ohne gewöhnliche Auffindbarkeit in Suchmaschinen und Webindizes und ohne Lesezwang bereits geeignet ist, die Entwicklung von Minderjährigen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu gefährden oder die Erziehung von Minderjährigen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu gefährden. Ich empfinde es als erstaunlich, sowohl *ad hominem*, dass Rechtswissenschaftsstudenten einem hochdekorierten Rechtswissenschaftler, wo die Rechtswissenschaft doch eigenverantwortliches gemeinschaftsfähiges Handeln zum Gegenstand hat, solch Schlechtigkeit zu unterstellen vermögen, als auch *ad rem*, dass es auf Brongersmas 1691 Seiten die ganze Zeit um eine Abwägung von Vorteilen und Nachteilen, von verschiedensten Interessen der beteiligten Personen, von schädlichen und hilfreichen Verhaltensweisen, von eigenverantwortlichen Vorstößen und Türöffnern in die Gemeinschaftsfähigkeit handelt. Hier ist eher die Gefahr zu bejahen, dass die vielen Seiten langweilen können, nicht aber dass sie jugendgefährden.

5. der Argumentation meines Strafbefehles, Brongersmas Studie ziele auf eine Darstellung körperlicher Pädophilie als vollkommen normal und erstrebenswert, ist eine abgeschriebene strafbare Verunglimpfung einer Person des öffentlichen Lebens, weil es erstens akademisch unethisch wäre, am Beginn einer Forschung neben einer ergebnisoffen zu beantwortenden Frage bereits eine vorgefertigte Antwort als Ziel zu haben, wie es Richterin und StA in meinem Fall hatten, und ich zweitens in Brongersmas zweitem Kapitel über den Pädophilen nicht rauslesen kann, dass er von einer von ihm vermutlich nicht grundlos postulierten prinzipiellen Ansprechbarkeit bei jedem (wie Freud in allen Menschenkindern bisexuelles Begehren vorfand) abgesehen die Kernpädophilen doch nur als eine große Minderheit und den Normbauch wohl eher bei der Gleichaltrigkeit sieht, in die auch die Jungen entlassen werden. Die als Ergebnis dessen observierten Entwicklungs- und Erziehungserfolge zu eigenverantwortlichen (*Ich sorge für mich*) und gemeinschaftsfähigen (*Ich liebe Dich*) Persönlichkeiten rechtfertigen dann die Bewertung als erstrebenswert, unter Wissenschaftsfreiheitsgesichtspunkten zumindest als falsifizierbare These geschützt. Außerdem wird an allen einleitenden Stellen darauf verwiesen, dass Knabenliebe bestraft wird, wo Bestraftwerden sich nun wirklich nicht erstrebenswert liest oder anfühlt. Zum Einwand, dass das Abschaffen von Strafvorschriften einem Denktabu zu unterliegen habe, sage ich nur Kriegsdienstverweigerung, Kuppelei, Unzucht unter Männern.
6. der Argumentation des Strafbefehls, Brongersma wolle Kindern die Rolle zuweisen, Erwachsenen als Objekte ihrer Begierde zur Verfügung zu stehen, demaskiert sich auch als Fascho-Demagogie, Kinder hätten zu spüren, zu gehorchen, sittsam ihr Untenrum zu meiden, nur im Hinterhalt dieser Unschuldsidee lauere der gottlose Jud, der Christen Kinder zu schänden und schlachten, denn Brongersma würde vermutlich antworten, dass Kinder von Natur aus süß und lustig und charmant und begehrenswert sind (Gier ist Sprachraum böse konnotiert) was auch die Bonner Doktrin Gisela Bleibtreu-Ehrenberg im czyborra.com/pedofiles/gisela/impuls.pdf als evolutionär sinnvoll beschrieb, und wenn man mal das demagogische Lustobjekt (Lust ist Todsünde, das empfangende Objekt ist passiv und leblos, verfügbar auf Befehle wartend, das sendende Subjekt ist der Held und Macher) zurückeuphemisiert in Liebesempfänger, die sich in freier Willenserfühlung zum Lieben und Geliebtwerden zur Verfügung stellen dürfen sollen (denn gezwungen werden soll niemand: *don't marry gay if you don't like gay marriage*) dann ist auch diese Begründung einer Jugendgefährdung entkräftet. Ich möchte hier meinen persönlichen Messwert hinzufügen, dass es die schönsten Jahre meiner Kindheit waren, als ich 1977, 1986 und 1991 endlich als Lustobjekt gesehen wurde. Ein kinderfremdbestimmender Zurverfügungstellungs- und Zuweisungs-Wille erscheint mir projiziert und nicht mit Originalzitate belegt.

7. der Argumentation des Strafbefehls, Brongersma fördere eine die sexuelle Selbstbestimmung erschwerende jugendgefährdende Weltanschauung, nach der pädosexuelles Begehren normal und entwicklungsförderlich sei, entgegne ich erneut, dass Brongersma über etwas Normales, was jeder gut kennt, kein Buch hätte schreiben brauchen, und etwas um zwei Standardabweichungen Selteneres dennoch ganz natürlich in der Natur vorkommt, wie die Staatsanwaltschaft aus ihren Anklagen nach StGB§176 wissen dürfte, der Begriff der Überzeugung/Weltanschauung (zB geozentrisch oder heliozentrisch oder relativistisch oder galaktotranslational, wobei es hilfreich war, auch nach der Abkehr vom heliozentrischen zum geozentrischen trotzdem noch Verfechter des heliozentrischen zu haben) lässt mich daran erinnern, dass laut JugSchG§18(3) allein wegen seines politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Inhalts oder wenn es der Kunst, Wissenschaft, Forschung oder Lehre dient oder im öffentlichen Interesse liegt, kein Medium auf die Liste der jugendgefährdenden eingetragen werden darf, was hier fast in fast allen Dimensionen leichenschändend übertreten wurde, und zum Vorwurf Brongersma erschwere die sexuelle Selbstbestimmung zitiere ich seine drei vorgeschlagenen juristischen Kategorien aus czyborra.com/pedofiles/brongersma/nambla.html *„Kategorie Eins: Kinder sollten mit der vollen Wucht des Gesetzes geschützt werden vor Gewalt, Drohung, Nötigung oder Autoritätsmissbrauch. Kategorie Zwei: Das Kind wurde einer Lage ausgesetzt, die Angst machte, es mehr oder weniger stark ekelte oder es als seltsam, merkwürdig, lächerlich oder schräg erfahren hat. Das Kind flüchtet kichernd oder speiend. Die Gesellschaft sollte solchen Geschehnissen vorbeugen. Wenn sie trotzdem geschehen, sollten sich Eltern oder andere um das Kind und sein Problem kümmern, wie wenn es Zeuge eines verstörenden Verkehrsunfalls wurde. Aber es ist nicht im Interesse des Kindes, daraus eine Tragödie zu machen, ihm die Vorgänge in die Erinnerung einzuhämmern, andernfalls schnell vergessene Sachen furchtbar wichtig einzurahmen. Kategorie Drei: Das Kind mag den Erwachsenen und die sexuelle Beziehung. Das Strafrecht mit seinen stumpfen Keulen sollte sich ganz heraushalten. Zivilrecht sollte es Eltern ermöglichen, den Umgang zu unterbinden, wenn sie vom Erwachsenen einen moralisch oder psychologisch schlechten Einfluss erspüren. Der Richter sollte dann des Kindes Meinung höchste Aufmerksamkeit schenken.“*
8. Der von der Falschverdächtigern jugendschutz.net eingereichte Urkundenbeweis (Blatt 8b und 9 der Akte), dass Brongersmas Buch im April 1999 von der BPjS als jugendgefährdend indiziert wurde, entspricht mangels Namen, Unterschriften, Siegel oder Beglaubigung nicht den Erfordernissen eines Urkundenbeweises, laut gestriger Auskunft der BPjM-Vorsitzenden auf meine vierte Nachfrage ist der Auszug aber wohl tatsächlich im wesentlichen inhaltsgleich mit einer damaligen Eintragungsentscheidung zum Nachteil des 7 Jahre kursierenden Buches des frisch in die Wehrlosigkeit Verstorbenen und wird wohl bis heute anhaltend kopierpastend in die in der Berliner

Stadtbibliothek Kom 1 ZB 2307 einsehbares „BPjM aktuell“ abgedruckt, dennoch ist sowohl die substantielle Berechtigung des damaligen Beschlusses fraglich als auch die Rekurrenz auf sozialetische Desorientierung [1972 durch voreheliche Masturbation], die weder 1953 noch 1985 im GjS noch 2002 im JugSchG im Gesetzeswortlaut vorgesehen waren, und eine Indizierung nach GjS impliziert nur, dass eine Schrift trotz geringer Bedeutung verboten wurde oder wegen einer unentschuldbaren Eignung, Kinder oder Jugendliche in CDU-Sprech sittlich zu gefährden, eingetragen werden musste (GjS§1) oder auf Antrag eingetragen wurde (GjS§11, hier: Jugendamt Regensburg), nicht aber, dass die Schrift geeignet ist, die Entwicklung oder Erziehung von Minderjährigen in SPD-Sprech zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu gefährden, und selbst wenn die BPjM das festgestellt hätte, dass es dann auch unbesehen stimmt, wie Richterinnen und StA glauben müssen wollten, ist schon durch den Gegenbeweis widerlegt, dass der Freiburger Ahriman-Verlag mit Hilfe des Verwaltungsgerichtes Köln die BPjM-Verleumdung seines Polanski-Specials als jugendgefährdend aufgehoben bekommen hat, noch weniger beweist eine GjS-Indizierung eine schwere Autonomie- oder Integrations-Gefährdung, wo schon der Strafbefehl sachverhaltlich nur von einer vom Buch vertretenen erheblich jugendgefährdenden Weltanschauung lamentiert, konkrete schwere (JMStV§23) drohende Entwicklungshindernisse aber nicht anführt und diese auch höchstens in einer durch das Buch selbst widerlegbaren Weise anführen können dürfte, noch weniger war mir oder ist mir eine schwere Jugendgefährdung durch Brongersma auch nur annähernd offensichtlich (JMStV§23), weil keine Jugendgefährdung zu erkennen ist, handelte ich bezüglich der Archivierung vorsätzlich zum Zwecke der Rechtspflege und des Asyls für Politisch Verfolgte (GG§16) und der solidarischen Emanzipation aller sexuellen Identitäten (VvB§10) und letztendlich der Suizidprävention und Angstminderung (UDMR§0), bezüglich einer Jugendgefährdung ist mir kein Vorsatz, bezüglich einer unerwarteten fahrlässigen im ungelesenen Kapitel noch kein Vorwurf gemacht worden, weil vermutlich noch kein Verfahrensbeteiligter außer mir überhaupt je weiter als jugendschutz.net gelesen hat.

9. Gingen wir in den Irrealkonjunktiv und nähmen an, die Schrift wäre offensichtlich und schwer erziehungsgefährdend und deswegen indiziert, sollten wir immer noch die Grundsätze *nulla poena sine lege certa* und *nulla poena sine lege scripta* (StGB§1, GG§103, MRK§7) prüfen und würden beim Vergleich des Gesetz- und Verordnungsblattes für Berlin vom 15. Februar 2003 Seite 69 mit dem Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalens vom 14. März 2003 Seite 83 stützen, dass *nulla poena sine lege scripta* dort erfüllt wäre für eine Strafbarkeit, weil das Gesetz zum JMStV in Artikel 3 das Landesmediengesetz ergänzt um: „§126 *Strafbestimmung: §23 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag findet Anwendung.*“ während es im Berliner Gesetz zu dem JMStV nur heißt:

„Dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.“

womit Berlin einer Strafbarkeit in NRW zugestimmt haben könnte, sich sogar zu einer Strafgesetzgebung verpflichtet haben könnte, die aber bis heute unterblieben scheint – und das ist auch gut so, denn ein gültiges Gesetz zur Zustimmung zu einem Vertrag bindet nur die Vertragsparteien und macht aus einem Vertrag noch kein Strafgesetz, selbst wenn es in einem Gesetz wohlwollend referenziert wird, als Anhang zu einem Gesetze im Gesetzblatt landet und bis aufs Rubrum wie ein erlassbares Gesetz formuliert ist, was einige Bundesländer auch getan haben, doch auch bei denen bleiben bezüglich der *nulla poena sine lege certa* Bestimmtheit der Jugendgefährdung Willkürspielräume, die es extrem erschweren, sich gesetzestreu zu verhalten, was ich immer gerne können will.

10. Selbst wenn wir in NRW wären und ein derartiges Strafgesetz bestünde und dessen Tatbestand erfüllt wäre, müsste mir Gehör geschenkt werden, wenn ich darlegen will, wie mir eine gründliche Rechtsgüterabwägung Genehmigung zu einer rechtmäßigen deliktischen Handlung zur Abwehr akuter Gefahr für schwerwiegendere Motive (meiner pädophiler Freunde und derer Freunde Leben, Gesundheit, Freiheit, Ehre, Eigentum) erteilt und zur Vermeidung einer Computersabotage, Sachbeschädigung, Arbeitsmittelzerstörung, Betrug, Entstellung, unterlassenen Abwehr der Verleumdung einer Person des öffentlichen Lebens, Beteiligung an einer Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener, Volksverhetzung, gefährlicher Körperverletzung ohne und mit ungewollter oder verlangter Todesfolge.
11. Selbst wenn dies alles nicht gälte, wäre aus dem Gesetz herauszulesen, dass die Bußgelder bis 500k€ und Strafen bis zu einem Jahr wohl auf besonders

Nach MRK§6 habe ich als angeklagte Person das Recht, ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung meiner Verteidigung zu haben. Diese hatte ich nicht, was daran liegen kann, dass ich behinderter als andere bin oder aber mir kurzer Prozess gemacht werden sollte: Beweis auf Blatt 24 der Akte. *Die Staatsanwaltschaft hat nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln und für die Erhebung der Beweise Sorge zu tragen, deren Verlust zu besorgen ist.* Nach dem Strafbefehl im September erwartete ich eigentlich einen ausreichend Vorbereitungszeit gebenden Gerichtstermin (wie ich ihn auch in einer vorklinischen Gewaltschutzsache bekam) Anfang 2018. Im Oktober 2017 wurde ich Opfer mehrerer unerwarteter gefährlicher seelischer Körperverletzungen bis hin zur Obdachlosigkeit, bei derer Abwehr mir die Berliner Polizei vereinzelt unbürokratisch, das Kreuzberger Gewaltschutzgericht gründlich leider noch nicht zeitnah behilflich war und das mich über mehrere Wochen außer Gefecht setzte. Zum Verhandlungstage konnte ich mich nicht perfekt vorbereiten, hatte die StPO erst am Wochenende zuvor exzerpiert, bestimmte Ausdrücke wie meinen Kontoauszug in der um 9 Uhr öffnenden Druckerei nicht mehr tätigen können, ohne meine Pünktlichkeit zu vernichten, nachdem die

Drucker der Universitätsbibliothek tags zuvor versagt hatten. Dennoch war das Hauptproblem dieses Unrechtsurteils, dass Richterin und StA voreingenommen waren gegen mich und am Verhandlungstag laut Terminplan im 30-Minuten-Takt ohne Rücksicht auf Verluste Menschen verurteilen wollten, während ich zuvor noch ein Augenzwinkern rausgelesen hatte („Schaun wir uns diesen Bibliophilen mal an und beweismäßig als Beweis 1 alle 17 Sektionen seiner Einlassung, bevor wir uns diese B. Sprenger mal ansehen“) und angereist war zu einem Kennenlernen und einer Erörterung von Verfahrensstand und -terminplanung und einer Erstverhandlung der Sache mit beidseitigem Verhandlungsspielraum in der Substanz, nicht bloß der Menge der Schlechtigkeit. Ich hatte ja bei meiner Akteneinsicht bereits bemerkt, dass die versprochene Zeugin von jugendschutz.net und von der Bundesprüfstelle noch gar nicht mit von der Partie waren. *Ist anzunehmen, daß sich die Hauptverhandlung auf längere Zeit erstreckt, so soll der Vorsitzende die Ladung sämtlicher oder einzelner Zeugen und Sachverständigen zu einem späteren Zeitpunkt als dem Beginn der Hauptverhandlung anordnen.* Ich bin mit über 17 Kilogramm Büchern im Koffer als präsenten Beweismitteln angereist, der bis heute nicht ausgepackt ist, mit denen ich argumentieren wollte, dass die Sachlage nicht so banal sein kann, wie sie behandelt wurde. *Die Staatsanwaltschaft und das Gericht sollen in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeiten prüfen, einen Ausgleich zwischen Beschuldigtem und Verletztem zu erreichen.* Das einzige Praktikable, was in dieser Hinsicht bisher verhandelt wurde, ist, dass Staatsanwalt Winkler indirekt, indem er kritisierte, ich ruhe mich auf meiner kinderaussperrenden Eintragung im BPjM-Modul aus und habe nicht einmal ein age-de.xml, mich zum TOA führte, heute festzustellen, dass der JMStV 2016 um Klauseln zu Jugendschutzsoftware erweitert wurde und ein czyborra.com/age-de.xml des Inhalts

```
<scope>czyborra.com</scope><default-age>48</default-age>
```

czyborra.com/pedofiles/brongersma/lovingboys.pdf installieren. Den Rat der Richterin nach ihrem Urteilsspruch, der Dateipfad czyborra.com/pedofiles/brongersma/lovingboys.pdf sei beschlagnahmt, sie würde das Buch noch heute aus seinem sicheren Regalplatz nehmen, bin ich am Urteilstag noch gefolgt, weil ich dem Gericht gegenüber nicht so uneinsichtig und respektlos bin, wie es in mich hineinprojizierte, weil es sich mir gegenüber offenbar wirklich uneinsichtig und respektlos zeigte, und weil ich vermeiden wollte, dass die Staatsgewalt mit einer wie auch immer gearteten Panzerfaust einmarschiert und bei noch unschuldigeren Nachbarn Kollateralschaden erzeugt, und weil mir einfach Angst gemacht wurde, da entscheiden zwei Krokodile nach Appetit und Gutdünken über ein Menschenbaby. Viel wichtiger waren mir meine TOA-Angebote, Gegendarstellungen zu platzieren, das PDF der Entstellungen durch OCR-Fehler, Angelo Leopardis überflüssiges Ejakulat, das der Parlamentarier Volker Beck schon beklagte, und Försters überflüssiger Knabenfotos zu entledigen, wobei ich beim Nachlesen Leopardis den Grund nicht mehr finde, sein wohlgeordnet wie alles an Erwachsene gerichtete „warten nette, hübsche Jungen ...Ihre Glieder versteifen sich bereits bei dem Gedanken, dass ihr sie begehrt“ war mir als nicht

deckungsgleich mit meiner Erfahrung erst sehr später Erektionen bei großer Vertrautheit aufgestoßen, kann aber auch als legitimer Suchauftrag samt Existenzmitteilung seltener Ausnahmen gelesen werden, die ich mir nicht zu invalidieren anmaße, zum besseren Verständnis mit einer englisch-niederländisch-deutschen Konkordanz zu versehen, es jeden Morgen um 06 Uhr zu verstecken und nachts um 24 Uhr wieder auftauchen zu lassen oder aus dem Reisebudget von jugendschutz.net eine Altersüberprüfung vorzunehmen. Gerade der Punkt der Gegendarstellungen, die ich auch der BPjM und allen Leserinne_n einräumen will, scheint mir der direkteste zur Findung von Gerechtigkeit und Wahrheit, ob ein BPjM-Listeneintrag eine Schrift gleich offensichtlich schwer entwicklungsgefährdend macht, welches die Hauptfragestellung sein sollte, bevor wir überlegen, wie wir sie noch rabiater vor volljährigen Kindern verstecken können.

Zum Verhandlungsverlauf ist anfangs zu sagen, dass es mich provoziert hat, dass die in §2 meiner Einlassung auf Aktenblatt 43 verbotenen Beleidigungen nicht unterlassen wurden, dass Gerichtshöfisch anstelle der Gerichtssprache Deutsch gesprochen wurde, dass meine weltweit eindeutige Rufname-Familienname-Kombination nicht ohne den zum Ärgern meiner Tante durch Benennen eines Hosenscheißers nach ihrem Macker erhaltenen und wegbeantragten Mittelnamen Gerd akzeptiert wurde, dass in einer Landesrechtsache als Staatsangehörigkeit nicht die naheliegendste des Landes Berlin (mit der bundesrepublikanischen und europäischen Implikation) akzeptiert wurde, dass ich als ungewollt Erwerbsgemindeter mit vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten und einer Rente aus Erwerbstätigkeit erwerbslos geschimpft werde, dass mein Nettoeinkommen auf 450€ festgesetzt wird, wo es unter 350€ lag, dass ich nicht einfach §3 und §4 meiner Einlassung vortragen und erläutern durfte. Dass der Richter mir Akteneinsicht genehmigt hatte und die Richterin mir Stärkung mit Flüssignahrung zu Prozessbeginn, will ich lobend danken.

Im Laufe der Verhandlung forderte ich Genauigkeit in der Unterscheidung von Webseite und Website und dort von Verzeichnis und Unterverzeichnis und von Namen und Inhalt und den sich daraus ergebenden Kontexten und bekam den Eindruck, dass außer den vier von jugendschutz.net in Aktenblatt 2ff herausgegriffenen Textzitataten von Leopardi und Brongersma keinerlei Kenntnis von *czyborra.com* für erforderlich erachtet worden war. Als dann mein Argument, durch das millionenfach installierte BPjM-Modul mit meinem Eintrag sei ich technisch besser auf einen wahlberechtigten Nutzerkreis eingeschränkt, als man sonstwo mit 20€ Kontostand kaufen könne (die FSM eV verlangt von mir 4k€/a, solange ich weniger als 1M€/a Umsatz habe / ich frage mich, ob die Richterin oder ihre Angehörigen gesetzeskonform einen Jugendschutz finanzieren, weil sie mit einem sichtbaren Menschenkörper oder einem Telefon oder einem Fernseher oder einer Facebook-Identität Teledienst-Anbieter sind), als zu technisch invalidiert wurde, habe ich Beurteilung durch eine

Rechtswissenschaftlerin (gemeint war: Fachrichterin für Recht der Informationstechnik) erbeten, was als Ermahnung gedacht war, in diese Rolle zu schlüpfen zu versuchen, und mir als negativ zu bescheidender Befangenheitsantrag abgenötigt wurde. Wie ich bereits angedeutet hatte, war ich mit dem Verbleib der Richterin einverstanden, auch wenn ich die übelnachredende wahrheitswidrige Ablehnungsbegründung anzeige, ich wolle das Verfahren verzögern, wo ich nur das Zulassen technischer Argumente und technischen Sachverständes bei der Wahrheitsfindung wollte. Im Zuge meiner Versuche, zu einer Sachverhaltsaufklärung beizutragen, entspann sich dann folgender Dialog kurz nach der fruchtlosen Zielgruppenklärung:

Richterin:

Es wird hier nichts eingereicht, Herr Czyborra, es geht darum: der Tatbestand ist hier erfüllt.

Angeklagter:

Das ist er nicht! Dann hätt ich nicht eingesprochen! Dann hätt ich nicht widersprochen. Das kostet wahnsinnig viel Energie, da zu widerklagen.

Richterin:

Es geht nur darum, wenn Sie jetzt in der Ansicht sind, dass Sie dafür ein Urteil haben wollen, dann obwohl ich hätte zu Ihren Gunsten noch vorgeschlagen, da wir jetzt zu keinem kleineren Ergebnis kommen werden und die Staatsanwaltschaft aufgrund Ihres fehlenden Unrechtsbewusstseins auch eine schwerere Strafe als angemessen erachten wird, und das wird auch wahrscheinlich vom Gericht so sein. Wenn wir zu einem Urteil kommen, werden wir wahrscheinlich zu einem schwereren Urteil kommen als das, was hier vorliegt.

Richterin:

Die Tatbestandsvoraussetzungen liegen vor.

Angeklagter:

Haben Sie sich gerade eben zugehört, was gesagt haben? Das ist doch lachhaft!

Richterin:

Sie haben das wissentlich eingestellt?

Angeklagter:

Ja. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht (Artikel 16 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ausgegeben zu Bonn am 23. Mai 1949)

Staatsanwalt:

Die Staatsanwaltschaft regt die Verhängung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 50€, weil der Angeklagte das Gericht nicht respektiert.

Angeklagter:

Der Verteidiger trägt das Ordnungsgeld von 500€ an, weil die Staatsanwaltschaft den Angeklagten nicht respektiert.

Richterin:

Gegen den Angeklagten wird ein Ordnungsgeld von 50€ angeordnet.

Wenn ein Gericht ein grundgesetzliches Grundrecht nicht mehr als berücksichtigungswerte Rechtfertigungsidee, sondern als Beleidigung abstrafte, oder eine Berufung auf frühere bessere Formulierungen nicht mal als Meinungsfreiheit zulässt, ist das faul im Staate Dänemark. Die Ordnungsgeldentscheidung beanstandete ich mit dieser Beschwerde, wie auch die Basta-Vorverurteilung der Tatbestandsvoraussetzungen als erfüllt, bevor meine Gründe getestet wurde, warum sie eben nur höchst oberflächlich ohne tiefe Prüfung erfüllt wirken mögen, es aber in Wirklichkeit nicht sind.

Als ich wegen dieser Vorverurteilung die Richterin der Befangenheit scholt, lehnte sie diese wieder mit der übelnachredenden Unterstellung ab, ich wolle nur verzögern, wie auch meine zu Protokoll gegebenen Beweisanträge, dass zur Wahrung der Wissenschaftsfreiheit wissenschaftliche Werke nicht als jugendgefährdend verboten werden dürfen und das von mir tabellierte Kapitelverzeichnis aller Bände und Sprachausgaben des Werkes eine sehr wissenschaftliche Gliederung und Themenspanne erkennen lassen und dass das BPjM-Modul von der Bundesprüfstelle als technische Lösung des Jugendmedienschutzes angesehen wird und czyborra.com/pedofiles/ von diesem wirksam gesperrt wird. Weitere Beweisanträge zur Wissenschaftsfreiheit und weiteren Aspekten schienen sich in der hitzigen Atmosphäre nach fünf vollautomatisch niedergeschlagenen Anträgen wenig erfolversprechend.

Ich bitte, durch abhelfende Wiederaufnahme, Rückverweisungsbeschluss oder Erwähnung im schlussendlichen Berufungsurteil diese Beweisverweigerung aufzuheben und den sexualmedizinischen, sozialmedizinischen und rechtswissenschaftlichen Wert der verpönten historischen Studie in der nächsten Hauptverhandlung festzustellen und zu würdigen respektive Gelegenheit zur Entkräftung von Argumenten, die zwingend für eine offensichtliche schwere Entwicklungsgefährdung durch das verbreitete Wissen sprechen sollen.

Unterzeichnet und zur Akte gegeben am 2017.11.28.Dienstag:

(Roman Czyborra)